



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **P 701 Postulat Budmiger Marcel und Mit. über weniger Stau dank Mobilitätsmanagement / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Räto B. Camenisch beantragt Ablehnung.

Marcel Budmiger hält an seinem Postulat fest.

Räto B. Camenisch: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab, obwohl es eigentlich gut tönt: weniger Stau, Mobilitätsmanagement – das würde auch uns gefallen. Aber wir trauen der Sache nicht ganz. Im Ausland gibt es erstaunliche Projekte, um den Stau zu verhindern. So kann man ganze Innenstädte digitalisieren, die Verkehrsflüsse optimieren und Kreuzungen entflechten. Bei uns wird aber einfach der individuelle Verkehr eingeschränkt, und zwar zunehmend. Das ist die einzige Lösung, die immer präsentiert wird, die wir aber bekämpfen. Gerade deshalb lehnen wir das Postulat ab, wir möchten damit ein Zeichen setzen. Wir wollen eine Planung, bei der alle Verkehrsträger auf Augenhöhe ihre Bedürfnisse einbringen können und diese auch berücksichtigt werden. Wenn Sie weniger Stau wollen, sollten Sie die Anti-Stau-Initiative der Jungen SVP unterstützen.

Marcel Budmiger: Räto B. Camenisch hat verlangt, dass wir auf Augenhöhe kommunizieren. Will die SVP die Pferdekutsche zurück auf die Strasse holen? Oder das neue elektrische Verkehrsmittel E-Scooter? In der Stadt Luzern haben sich alle Parteien gegen die Einführung von E-Scootern gewehrt. Kommen nun E-Scooter-Verbände, die auf gleicher Augenhöhe diskutieren wollen? Das macht schlichtweg keinen Sinn. Es ist hingegen sinnvoll, auf effiziente Verkehrsmittel zu setzen – das Pferd gehört leider nicht mehr dazu –, um Platz zu sparen. Wenn die SVP den Eindruck hat, dass wir gegen die Autos sind, hat sie unser Anliegen nicht verstanden. Wir sind nicht gegen das Auto, sondern für mehr Effizienz im Verkehr, um mehr Platz dafür weniger Stau zu erhalten. In ihrer Sessionsvorschau in der „Luzerner Zeitung“ hat die SVP erklärt, dass sie die Seebrücke auf sechs Spuren ausbauen möchte. Das tönt super, denn es gäbe mehr Platz für alle, aber wahrscheinlich müssten die Kastanienbäume am Schwanenplatz und der Schweizerhofquai diesem Projekt weichen. Das macht genauso wenig Sinn wie die Anti-Stau-Initiative, die eigentlich nur die Spange Nord bekämpfen will. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen. Wir fordern Massnahmen, welche die Bevölkerung zum freiwilligen Umsteigen auf effizientere Verkehrsmittel bewegen.

Daniel Gasser: Das Thema Mobilitätsmanagement ist in aller Munde, und viele Firmen, aber auch Gemeinden im urbanen Raum haben schon ein eigenes Mobilitätsmanagement eingeführt oder sind in der Planung dazu. Mit Push- und Pull-Faktoren werden dabei – meistens ohne Verpflichtung – Anreize für die Mitarbeitenden geschaffen, um das optimale Verkehrsmittel für den Arbeitsweg zu wählen. Gleichzeitig werden die Strassen entlastet und der Umweltschutz gefördert. Es ist sehr erfreulich, dass der Kanton mit einer einheitlichen Strategie zu den bereits vorhandenen Mobilitätsmanagements begonnen hat. Aus Sicht der CVP ist es der Auftrag des Kantons, in diesen Themen als Vorbild voranzugehen. In diesem

Sinn stimmen wir der Erheblicherklärung zu. Ich äussere mich ebenfalls zum Postulat P 702. Es ist nicht Aufgabe des Kantons, regulierend in die Privatwirtschaft einzugreifen, sondern wir sehen den Kanton in einer Vorbildfunktion. Zudem ist der Verkehrsverbund Luzern bereits heute federführend in der Beratung von Firmen und der öffentlichen Hand. Die CVP erachtet – wie die Regierung – eine ganzheitliche Beratung als wichtiger als einen finanziellen Zustupf, schliesslich sollen auch die Firmen langfristige Lösungen unter Anleitung erarbeiten und nicht Lösungen aufgrund einer kurzlebigen Finanzspritze. Die CVP-Fraktion lehnt deshalb das im Anschluss traktandierte Postulat P 702 ab.

Martin Birrer: Die FDP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Es macht Sinn, wenn der Kanton in diesem Segment endlich eine Vorbildrolle übernimmt. Die Forderung nach diesem Tool ist berechtigt. Vor allem im Hinblick auf den neuen Standort der Verwaltung am Seetalplatz ist es zwingend, dass der Kanton auf diesem Gebiet vorwärtsmacht. Der Regierungsrat zeigt Verständnis für das Anliegen und wird noch in diesem Jahr die Grundsätze dafür festlegen. Es macht auch Sinn, dass der Kanton nicht bei null anfängt und bestehende Konzepte in sein Mobilitätskonzept einfliessen lässt.

Urs Brücker: Es gibt immer noch Leute, die der Ansicht sind, dass es für die dauernd steigenden Mobilitätsbedürfnisse einfach mehr Strassen oder Verkehrsflächen braucht. Die meisten haben aber mittlerweile erkannt, dass wir diese Fläche schlicht und einfach nicht haben. Wir kommen also nicht um ein Mobilitätsmanagement herum. Mit einem schlaun Mobilitätsmanagement werden andere Infrastrukturen effizienter genutzt, und durch zielgerechte Information, Kommunikation und neue Dienstleistungen wird eine Verlagerung des Verkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsmittel erreicht. Zudem erfordert ein Mobilitätsmanagement – wie zum Beispiel Informationspakete für Mitarbeitende oder die Einführung eines Parkraummanagements – keine grossen finanziellen Investitionen, es weist aber einen sehr hohen Kosten-Nutzen-Faktor auf. Das Postulat rennt offensichtlich offene Türen ein, der Regierungsrat beteuert in seiner zustimmenden Antwort, dass das Mobilitätsmanagement in der Verwaltung einen hohen Stellenwert erhalten soll. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Räto B. Camenisch: Ich verwehre mich gegen das Lächerlichmachen meines Votums durch Marcel Budmiger. Ich habe weder von Kutschen noch von E-Scootern gesprochen. Die Seebrücke möchte ich erweitern, weil wir mit sechs Spuren minus zwei Busspuren genau den Status quo von vier Spuren haben. Wegen des Carparkplatzes herrscht jetzt schon ein Durcheinander am Schwanenplatz, aber nicht wegen des Verkehrs, sondern wegen der Carparkplätze.

Hannes Koch: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt der Erheblicherklärung zu. Nur so können das Bedürfnis nach Mobilität und der zusätzliche Verkehr auch in Zukunft bewältigt werden. Im Agglomerationsprogramm 2009 wurde klar gefordert, dass der Bereich nachhaltige Mobilitätsverfahren gefördert werden muss. Im Jahr 2011 hat Monique Frey ein Postulat mit der Forderung nach einem Mobilitätsmanagement eingereicht. Dieses Postulat wurde teilweise erheblich erklärt. Wir sprechen also über nichts Neues.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Unsere Verkehrs- und Mobilitätsinfrastrukturen sind zu Spitzenzeiten am Anschlag, das stellen viele von uns täglich fest. Wir haben mit dem Durchgangsbahnhof und dem Bypass zwei grosse Projekte, die hauptsächlich durch den Bund finanziert werden. Trotzdem ist es in Zukunft wichtig, dass wir diese bestehenden, teuren Infrastrukturen möglichst effizient nutzen. Wenn man in der Industrie eine neue Maschine anschafft, versucht man auch, diese möglichst effizient einzusetzen. Bei unseren Infrastrukturen müssen wir ebenfalls schauen, dass diese nicht nur am Morgen und am Abend jeweils zwei Stunden ausgelastet sind und den Rest des Tages und in der Nacht nicht. Mit dem Mobilitätsmanagement können wir dazu einen Beitrag leisten und unterschiedliche Zeiten festlegen. Es gibt schon sehr gute Beispiele: So hat die Hochschule ihre Unterrichtszeiten etwas verschoben, um die Spitzenzeiten leicht brechen zu können. Es braucht neue Verhaltensweisen und ein Umdenken. Man muss offen sein für Neues, dazu gehört

beispielsweise das Arbeiten mittels Home-Office. Wir sind mit dem Entwurf der Mobilitätsmanagementstrategie für den Kanton Luzern schon fertig und werden diesen bald in der Regierung beraten, um danach kommunizieren zu können, was wir alles vorhaben. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 83 zu 12 Stimmen erheblich.